



Pressemitteilung

Berlin, 10. August 2012
Seite 1 von 3

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

INTERNET www.bmwi.de

Pressestelle

TEL +49 30 18615 6121 und 6131

FAX +49 30 18615 7020

E-MAIL pressestelle@bmwi.bund.de

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im August 2012¹

- Die Erholungstendenz der Weltwirtschaft bleibt fragil.
- Die deutsche Wirtschaft erweist sich weiterhin als widerstandsfähig. Die gesamtwirtschaftliche Leistung dürfte im zweiten Quartal moderat zugenommen haben.
- Die Produktion im Produzierenden Gewerbe und die Bestelltätigkeit in der Industrie zeigen sich bei schwächerer Entwicklung im Juni im zweiten Quartal insgesamt relativ stabil.
- Das Geschäftsklima in Deutschland trübte sich allerdings merklich ein und signalisiert das Risiko einer schwächeren Entwicklung in den kommenden Monaten.
- Der Beschäftigungsaufschwung setzte sich abgeschwächt fort. Er steht für eine nach wie vor solide binnenwirtschaftliche Entwicklung.

Die deutsche Wirtschaft erweist sich in einem schwierigen europäischen Umfeld weiterhin als recht robust. Die gesamtwirtschaftliche Leistung dürfte im zweiten Quartal weiter moderat zugenommen haben². Darauf deuten u. a. die vorliegenden Indikatoren für den privaten Konsum und für den Außenhandel hin. Nach dem wachstumsstarken ersten Quartal schwächte sich die Dynamik angesichts einer auch international etwas schwächeren Entwicklung erwartungsgemäß merklich ab. Vor allem die Schuldenkrise in einigen Ländern des Euro-raums wirkt erneut belastend, schürt Verunsicherung und führt zu Zurückhaltung in der Wirtschaft. Dies findet seinen Ausdruck in der Entwicklung der einschlägigen Stimmungsindikatoren. Sowohl das ifo-Geschäftsklima, die ZEW-Konjunkturerwartungen als auch der Markit/BME-Einkaufsmanagerindex trübten sich im Verlauf der vergangenen Monate deutlich ein. Die weiteren Aussichten für die deutsche

¹ In diesem Bericht werden statistische Daten verwendet, die bis zum 08. August 2012 vorlagen.

² Die Schnellschätzung der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal wird vom Statistischen Bundesamt am 14. August veröffentlicht.



Seite 2 von 3

Wirtschaft bleiben daher auch erst einmal verhalten und sind mit erheblichen Risiken behaftet.

Die nach dem verhaltenen Winterhalbjahr aufkeimende Hoffnung auf eine rasche Belebung der Weltwirtschaft erwiesen sich nach der erneuten Verschärfung der Banken- und Euroschuldenkrise als verfrüht. Der Internationale Währungsfonds (IWF) korrigierte daher im Juli seine Wachstumsprognose der Weltwirtschaft für das laufende und kommende Jahr etwas nach unten. Gründe dafür lagen vor allem in den rezessiven Tendenzen in der Eurozone, einer nur zögerlichen Entwicklung der US-Wirtschaft sowie in der unsicheren Entwicklung Japans. Das in den vorangegangenen Monaten bereits gedämpfte Wachstum der Schwellenländer wird jetzt zusätzlich durch geringere Absatzchancen in den Industriestaaten gebremst. Die leichte Erholungstendenz der Weltwirtschaft bleibt daher vorerst fragil.

Dank ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit und einem stark nachgefragten Produktsortiment bleibt der Trend der deutschen Ausfuhren auch angesichts schwächerer Absatzmärkte aufwärts gerichtet. Die Ausfuhren nahmen im zweiten Quartal um 1,6 % zu³. Allerdings ist der Gegenwind stärker geworden. Die Impulse aus dem Außenhandel dürften daher in den kommenden Monaten moderater ausfallen. Die Exporterwartungen der Unternehmen kündigen dies an. Vor diesem Hintergrund ist auch der aktuelle Rückgang der Warenausfuhren im Juni um 1,5 % ein Warnsignal. Die Wareneinfuhren nahmen im Juni in nominaler Rechnung um 3,0 % ab. Hierzu trug allerdings auch der Rückgang der Einfuhrpreise bei.

Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe erweist sich bislang als beachtenswert stabil. Dem nur leichten Rückgang der Industrieproduktion um 0,5 % im zweiten Quartal stand ein kräftiger Anstieg der Erzeugung im Bauhauptgewerbe um 4,4 % gegenüber. Im Juni nahm die Produktion in der Industrie um 1,0 % und im Bauhauptgewerbe um 2,0 % ab. Der Bau wird auch weiterhin durch niedrige Zinsen und ein verändertes Anlegerverhalten begünstigt. Demgegenüber entwickeln sich die Perspektiven für die Industrie verhaltener. Hierauf weisen nicht nur die Stimmungsindikatoren hin, die für die Industrie merklich zurückgingen. Auch die Nachfrage nach Industrieprodukten zeigt wenig Dynamik. Die Auftragseingänge nahmen zwar im zweiten Quartal insgesamt um 0,6 % zu, sie tendieren aber am aktuellen Rand schwächer und gingen im Juni um 1,7 % zurück.

³ Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich alle Veränderungsraten saison- und arbeits-täglich bereinigt (X-12-ARIMA-Verfahren) auf die jeweilige Vorperiode.



Seite 3 von 3

Der Beschäftigungsaufschwung am Arbeitsmarkt ist weiter intakt. Die Erwerbstätigkeit im Inland erhöhte sich im Durchschnitt des zweiten Quartals saisonbereinigt um monatlich 30.000 Personen. Getragen wurde diese Entwicklung vom Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Aufwärtsdynamik des Arbeitsmarktes hat allerdings nachgelassen. Die Zahl der Arbeitslosen nahm saisonbereinigt in den vergangenen vier Monaten sogar wieder geringfügig um durchschnittlich rund 8.000 Personen zu. Die per saldo positiven Tendenzen am Arbeitsmarkt dürften in den kommenden Monaten durch die zögerliche konjunkturelle Entwicklung weiter gedämpft werden. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist aber immer noch recht hoch, sie hat ihren Höhepunkt allerdings bereits vor Monaten überschritten.

Die Zunahme der Beschäftigung und die vergleichsweise kräftigen Lohnerhöhungen schaffen weiterhin günstige Einkommens- und Konsumperspektiven als Voraussetzung für eine robuste binnenwirtschaftliche Nachfrage. So dürften die privaten Konsumausgaben im zweiten Quartal erneut zum Wachstum der Gesamtnachfrage beigetragen haben. Die allmähliche Abschwächung des Preisauftriebs auf wieder gemäßigte 1,7 % im Juli unterstützte diese Entwicklung ebenfalls. Gerade vor diesem Hintergrund ist bei der Energiewende darauf zu achten, dass der erstarkte private Konsum nicht durch steigende Strompreise abgewürgt wird. Hauptkostentreiber bei den Strompreisen sind derzeit die Milliardensubventionen für die Förderung der Erneuerbaren Energien, die jeder Kunde mit der Stromrechnung mitbezahlt. Eine sinkende Stromsteuer oder der halbe Mehrwertsteuersatz auf Strom – wie derzeit gefordert – lösen deshalb nicht das eigentliche Problem. Die Erneuerbaren Energien sind unentbehrlich für die Energiewende. Doch das System der Förderung muss effizienter werden. Deshalb müssen wir das Gesetz zur Förderung der Erneuerbaren Energien (EEG) grundlegend überarbeiten, hin zu mehr Marktwirtschaft und Wettbewerb.

Hinweis:

Eine ausführliche Darstellung und Kommentierung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung wird in der September-Ausgabe des Monatsberichts „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ veröffentlicht. Die September-Ausgabe wird voraussichtlich Ende der 34. Kalenderwoche auf der Internetseite des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zu finden sein.